

Jüchen konkret

In Verbindung mit

RHEIN und ERFT

Ausgabe Dezember 2006

Bernd Scheelen ist „Mayor for Peace“



Bernd Scheelen ist als Abgeordneter in Berlin auch für Jüchen zuständig. Gleichzeitig ist er aber auch ehrenamtlicher Kommunalpolitiker und Bürgermeister in Krefeld. Jetzt kann er sich „Mayor for Peace“ nennen. Als Mitglied dieser Organisation will er vor Ort ein Zeichen gegen den atomaren Wahnsinn setzen. Seite 2

Dr. Fritz Behrens zieht erste Bilanz

Er war einer der anerkanntesten Innenminister Deutschlands. Nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf hat Dr. Fritz Behrens die Herausforderung als Politiker der Opposition angenommen. Für „Jüchen konkret“ zieht der hier beheimatete Landtagsabgeordnete eine erste Bilanz der schwarz-gelben Regierung. Seite 3



Tach zusammen,

mier frore uns all „Wo jeht et hin met Jösche un wie jeht et wigger“? Antwourte sult uns dat Leitbild Jösche 2020 jeve. Jösche bruch en Vision von singer Zukunft. Em Rat jov et heftige Diskusiune wie so en Zukunft zu erreiche is. Die Ene sare, en Vision is eh Trugbild un wer en Vision hätt, de sull besser nom Doktor jon. Die Angere sare, en Vision beschrieb wo mier gemeinsam hin wulle un wie dat strategisch jon sull. Mier von de SPD gehöre zu de Angere un hant konkrete Fürstellunge wie et met Jösche wigger jon sull. Ever wat sull ich üsch dat all verzälle, guckt doch einfach ens en et Internet, ob der Sigg www.spd-juechen.de un dot üsch informiere. Ihr könnt och anrofe, nach schicke mier üsch de Text. Ihr sitt all objerofe, üsch an der Diskusiun zu beteilije un ür Idee un Fürstellunge enzubrange. Mier hätte uns dat jetz schon gewönsch un üsch all längs enjelade, ever de Verwaltung will dat irsch nächstes Jahr don. Waröm, wesse mier net. Maat üsch ever kenn Sorsch, em Moment det sich joh do nix! Also, studiert ens wat de SPD eh su fürsclät und schrievt ons oder kallt uns einfach ens ahn – wen ihr wullt, noch in dissem Jahr. Maat et all jot. Ich wönsch üsch en schöne Weihnachtssick.



Ein Brief an die Bürgermeisterin

Sehr geehrte Frau Kranz! In unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage, wie geht es weiter mit dem Leitbild-Entwurf und seinen langfristigen Zielsetzungen, steht die ernüchternde Ablehnung von mehreren Vorschlägen der SPD durch den Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehrsentwicklung vom 25. September. Besonders anzusprechen ist die Weigerung, das langfristige Ziel einer weiteren Senioren-Heimstätte in Jüchen zu akzeptieren. Als Argumentation wurde auf eine Mitteilung des Rhein-Kreises Neuss verwiesen, wonach für die nächsten 3 Jahre im Kreis ein Überangebot an stationären Pflegeplätzen erkennbar ist. Auch wurde die Behauptung aufgestellt, die Gemeinde müsse dazu teure Marktstudien durchführen. Eine

solche Argumentation wird der Sache und dem langfristigen Interesse Jüchens nicht gerecht. Der Bericht der Enquete-Kommission des Landtags NRW „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ (2005) weist aus, dass bis 2040 die Steigerungsrate der Zahl der Pflegebedürftigen in den Kreisen bei durchschnittlich 49 % liegt. Für Neuss wird bis 2020 im Mittel 64% prognostiziert. Eine vertiefte Prüfung für Jüchen und seinen Einzugsbereich ist sicher angebracht. Zudem geht es nicht allein um Altenpflege, sondern – wie im Ausschuss diskutiert wurde – auch um andere Konzeptionen des Wohnens von Senioren (Senioren-Residenz, Betreutes Wohnen, Generationen-Integration), die im Leitbild-Entwurf und auch im Seniorenplan angesprochen werden. Zu verweisen ist hierzu auf das Förderprogramm der Landesregierung NRW „Wohnen im Alter – Neue Wohnmodelle in NRW“. Hierfür sollte eine Angebotskonzeption entwickelt werden, für die in aktiver Kontaktsuche geworben wird, um im Wettbewerb der Angebote private oder öffentlich-rechtliche Investoren und Betreiber-gesellschaften für Jüchen als Standort zu interessieren. Die Marktbeurteilung kann man dabei getrost den Investoren überlassen. Wir appellieren an Sie, sich durch den genannten ablehnenden Beschluss auf Dauer nicht einengen zu lassen. Jüchen, die kleine Stadt auf dem Lande, ein Ruhezentrum umgeben von Großstadtwelten, bietet bestimmt gute Voraussetzungen für eine weitere Senioren-Heimstätte, und sollte hierin eine Chance für seine Entwicklung sehen. Mit freundlichen Grüßen



Mit freundlichen Grüßen
Holger Tesmann
SPD-Ratsfraktion
Vorsitzender

Die Ringeltaube ist endlich gelandet

Jüchen. „The eagle has landed – der Adler ist gelandet“, sagte der erste Amerikaner auf dem Mond. Mehr als 10 Jahre hat es gedauert, bis die CDU sich bereit fand, ein modernes Konzept der Bodenpolitik anzunehmen. Viele Nachbarkommunen setzen es schon zum Teil seit Jahrzehnten erfolgreich um. Sie können ebenso wie Jüchen ihre kommunalen Aufgaben und Infrastrukturkosten aus dem Steueraufkommen allein nicht mehr bezahlen. Das Paradebeispiel: Die Stadt Willich. Ein „Ringeltaubchen“ wurde es noch vor nicht langer Zeit von Herrn Paschke/CDU genannt (und die ganze Taubenschar: Bocholt, Schwalmatal, Dormagen, Grevenbroich, Tönisvorst, Korschenbroich, Viersen, Rommerskirchen, Kaarst, Euskirchen...). In diesem Oktober gelang endlich ein Fortschritt: Der Gemeinderat beschloss mit sehr großer

Mehrheit eine zeitgerechte Bodenpolitik. Es muss der CDU-Fraktion wie eine Mondlandung vorgekommen sein. Ein solcher Beschluss war angesichts der katastrophalen Lage der Gemeindefinanzen mit rund 40 Mio Euro Schulden seit Jahren überfällig. Unabhängig davon, dass die Gemeindefinanzen von übergeordneten Regelungen und Wirtschaftsfaktoren abhängig sind, müssen auch die eigenen Möglichkeiten erkannt und genutzt werden. Die Gemeinde schafft mit ihrer Entwicklungsplanung Baurecht und damit einen Markt für Immobilien, an dem sie bislang zwar nicht in Bezug auf die Wertschöpfung, wohl aber mit beträchtlichen Folgekosten für die Infrastruktur beteiligt war. Von nun an wird die Gemeinde im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und unter fairen Bedingungen in einer neuen Marktgestaltung Teilhaber an diesem Markt.

Die Gemeinde wird in ihrer Entwicklung zukünftig vor allem dort Bauland ausweisen, wo sie Eigentümer ist oder in einem vertraglich gesicherten Optionsmodell eigentumsähnliche Rechte erworben hat. Unsinnig wäre es zu glauben, die Gemeinde mache dabei einen „Gewinn“. Aber die Gemeinde wird soweit an der Wertschöpfung beteiligt, dass sie die Entwicklungskosten, das Vermarktungsrisiko und die infrastrukturellen Folgekosten der Entwicklung decken kann. Die SPD Jüchen freut sich über den Erfolg ihrer seit vielen Jahren immer wieder vorgetragenen Forderungen und beharrlichen Überzeugungsarbeit in dieser Sache. Nicht zuletzt auch dem Druck der Realität und dem politischen Willen der neuen Verwaltungsspitze ist es zu verdanken, dass die Passivität der absoluten CDU-Mehrheit in dieser Frage aufgelöst werden konnte. Die FDP als Wirtschaftspartei ist natürlich immer noch dagegen.



Auenfeld



Jüchen-West



Joachim Drossert
stellvertr. Bürgermeister

Leitbild für Jüchen: Mehr Fleisch an die Suppe!

Worauf es den Jüchener Sozialdemokraten in der aktuellen Diskussion ankommt

Jüchen. Die Gemeinde Jüchen entwickelt sich zur kleinen Stadt auf dem Lande: Städtebauliche Entwicklung, Lebensqualität für junge Familien und Senioren, Gewerbeansiedlung, moderne Infrastrukturen für Ausbildung und Versorgung sollen sie attraktiv machen im Wettbewerb der Kommunen. Dafür wurden in der Vergangenheit gute Grundlagen unter hoher Verschuldung der Gemeinde ge-

schaffen. Das muss in Zukunft gerechtfertigt und ausgeglichen werden. Alle Teile der Gemeinde in **Stadt – Dorf – Land bilden eine Einheit**, in der die Bedürfnisse der Menschen aufeinander abgestimmt sind und sich gegenseitig unterstützen. Kein Teil bildet einen Schwerpunkt unter Vernachlässigung des anderen. Daraus leiten sich strategische Ziele ab, die konkret sind:

- Wirtschaftlich:**
- Verstärkung der lokalen Wirtschaftsförderung
 - Aufbau eines Standortmarketings
 - Entscheidung über Struktur und Aufgaben einer Entwicklungsgesellschaft
- Bürgerschaftlich:**
- Struktur einer aktiven Bürgerkommune
 - Effiziente Verwaltung für eine bürgernahe Dienstleistung

- Planerisch:INP**
- Bauliche Gestaltung (Architektur-Wettbewerb für Jüchen-West)
 - Maßnahmenplanung zur Verkehrsentwicklung
 - Dorferneuerungsprogramm

- unter Beteiligung der Bevölkerung
- Landschaftsentwicklung zur Erhöhung des Freizeitwerts
- Entwicklungsprogramm „Rekultivierung 2020“
- Förderung regenerativer

- Energien (Planung einer Biomasse-Anlage für Strom und Wärme)
- Lebensgestalterisch:**
- Bedeutung und Entwicklung des Sports
 - Entwicklungsprogramm „Radwegenetz“
 - Konzeption für eine weitere Senioren-Heimstatt in Jüchen
 - Schulung und Förderung in jungen wie in alten Jahren
 - Kulturelles Netzwerk

Vergleichen Sie die Entwürfe: Ratsbeschluss von Juni 2006 (www.juechen.de) und Vorschlag der SPD von August 2006 (www.spd-juechen.de). Fragen Sie uns, wir schicken Ihnen beide Texte zu. Beteiligen Sie sich an der öffentlichen Diskussion!

Eine Welt im Wandel braucht eine zupackende neue Politik. Nicht im kritiklosen Bejubeln des Neuen oder im Beharren auf dem Alten beweist sich die politische Kraft der Sozialdemokratie. Wir setzen auf unsere Fähigkeit, die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität unter veränderten Bedingungen in realistische Politik zu übersetzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz auf unsere 143-jährige Geschichte und den immer wieder neuen Einsatz unserer Partei für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Heute ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Idee der sozialen Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert weiter zu entwickeln, die Demokratie gegenüber wirtschaftlichen Einzelinteressen zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Potenziale unserer Gesellschaft und ihrer Menschen zur Entfaltung kommen können. Wir sind die Kraft der Erneuerung in Deutschland. Unsere Welt ist im Umbruch. Der Kalte Krieg liegt hinter uns, das Zusammenwachsen Europas hat neue Verhältnisse geschaffen, der Wandel unserer Wirtschaft verändert Arbeitswelt und Alltag. Das alles schafft neue Chancen – und neue Risiken. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns nie mit dem jeweils Erreichten zufrieden gegeben. Und wir stellen uns gegen die Behauptung, eine gestaltende Politik sei heute nicht mehr möglich. Dem Fatalismus und der Politik der Angst setzen wir eine Politik der Zuversicht entgegen.

Das neue Programm der SPD

Intensive Beratung auf allen Ebenen der Partei - Beschluss 2007

Mit ihrem Godesberger Programm von 1959 wandelte sich die SPD von der Arbeiter- zur Volkspartei. Mit ihrem Berliner Programm von 1989 nahm die Sozialdemokratie die Impulse der Neuen Sozialen Bewegungen auf – nicht zuletzt den Gedanken der Nachhaltigkeit. Das erste Programm der SPD im 21. Jahrhundert muss wiederum neue Antworten geben: Neue Antworten auf die Herausforderungen der Europäisierung,

der Globalisierung und des sozialen, demografischen und technischen Wandels. Wir leben in einer Zeit der Ungleichzeitigkeiten. Das Neue entsteht und das Alte verliert nur sehr allmählich an Bedeutung. Wie lässt sich Veränderung mit Stabilität und sozialer Gerechtigkeit vereinbaren? Wie können wir Erneuerung und Zusammenhalt ermöglichen?

Wir setzen nicht auf passive Anpassung an den Wandel, sondern seine aktive Gestaltung. Die Existenz sehr unterschiedlicher Marktwirtschaften und Sozialstaaten auf der Welt und in Europa beweist eindrücklich, dass auch heute noch beträchtliche nationale Gestaltungsspielräume bestehen. Als die SPD im Dezember 1989 ihr Berliner Programm beschloss, waren das Ausmaß und die Konturen des nationalen und europäischen Umbruchs erst in Umrissen erkennbar. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 steht für die Überwindung der Nachkriegsordnung durch die Menschen Europas. Der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist das Symbol für eine neue Dimension von globalen Konflikten, die unsere Weltgemeinschaft herausfordern.

Seit 1998 trägt die SPD wieder Regierungsverantwortung für das ganze Deutschland. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestalten die Politik in den Bundesländern, in Städten, Kreisen und Gemeinden. Mit unserer Politik haben wir die Erneuerung unseres Landes vorangebracht. Dabei hat sich gezeigt: Die Orientierungen des Berliner Programms reichen als Kompass für unsere Praxis

nicht mehr aus. Jedoch kann die Neuformulierung der sozialdemokratischen Politik für das 21. Jahrhundert an das Berliner Programm anknüpfen.

Die seit dem Godesberger Programm gültige Orientierung an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität bleibt hoch aktuell. Nicht unsere Grundwerte und Ziele sind es, die sich verändern, sondern die politische Ausgangslage für ihre Verwirklichung.

Als die linke Volkspartei in Deutschland führen wir die Diskussion über ein neues Grundsatzzprogramm für die gesamte Gesellschaft und mit der gesamten Gesellschaft. Wir suchen das Bündnis mit allen, die die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie unterstützen. Und wir stellen uns selbstbewusst der Auseinandersetzung mit denen, die andere Auffassungen vertreten. Mit ihnen werden wir den Wettbewerb um die besseren Ideen für Deutschland offensiv führen.

Die „Markttradikalen“ formulieren ein unredliches Freiheitsversprechen, das den Egoismus des Einzelnen zum Prinzip erhebt. Heute sind wir in besonderer Weise herausgefordert durch Vorstellungen und Entwicklungen, die darauf abzielen, den Staat zu schwächen und verächtlich zu machen und die Marktwirtschaft zu radikalisieren.

Die Konservativen ignorieren, dass eine Gesellschaft der Freien und Gleichen nur möglich ist, wo gestaltende Politik die Voraussetzungen für sie schafft. Die Linkspopulisten wiederum missachten den Wunsch der Menschen nach Freiheit und gaukeln die Möglichkeit vor, aus der Wirklichkeit des Wan-

dels auszusteigen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dagegen wissen: Die Welt verändert sich; heute kommt es aufs Neue darauf an, den Wandel zu gestalten, damit neue Sicherheiten überhaupt erst wieder möglich werden.

Es geht in dieser frühen Phase des 21. Jahrhunderts daher zu allererst darum, eine neue Übereinkunft darüber herzustellen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und welche Aufgaben vorrangig in Angriff genommen werden müssen.

Drei Projekte sind dabei für uns von herausragender Bedeutung:

- Wir müssen die Globalisierung gestalten, das neue Europa politisch stärken und sozial weiterentwickeln.
 - Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft auf der Grundlage von fairem Wettbewerb und Innovation erneuern.
 - Wir setzen auf ein neues Leitbild des vorsorgenden Sozialstaats.
- Die „Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzzprogramm der SPD“ beschreiben die großen Herausforderungen, denen sich Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen muss. Sie benennen unsere Grundwerte und unsere Ziele, ohne bereits fertige Antworten zu liefern. Sie konzentrieren sich bewusst auf die Bereiche, die vorrangig besprochen werden sollten. Damit markieren sie zugleich eine Zwischenetappe der sozialdemokratischen Programmdiskussion. Sie bündeln bisherige Arbeitsergebnisse und sie sind die Grundlage für eine erste Phase der innerparteilichen und öffentlichen Debatte. Die Ergebnisse werden zu Beginn des Jahres 2007 in einen Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm münden. Das neue Programm soll auf dem ordentlichen Bundesparteitag der SPD im Herbst 2007 beschlossen werden.



Sie vertreten jetzt die SPD Korschenbroich beim außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokraten in Grevembroich und informieren sich über den Stand der Beratungen über das künftige Grundsatzzprogramm der SPD, von links: Albert Richter, Renate Jahny und Paul Jahny.

„Vor Ort ein Zeichen gegen atomaren Wahnsinn setzen“

Rhein-Kreis Neuss/Krefeld. Der Krefelder Bürgermeister und Bundestagsabgeordnete auch für Jüchen und Korschenbroich Bernd Scheelen (SPD) ist nun offizielles Mitglied der internationalen Nichtregierungsorganisation „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden), die im Oktober 2003 die Kampagne „2020 Vision“ startete. Was nichts anderes heißt als: atomaffenfrei bis 2020.

„Mayors for Peace“ ruft ihre momentan 1381 Mitgliedsstädte in 117 Ländern auf, die Kampagne zu unterstützen, um sich so in die Verhandlungen über Atomwaffen einzumischen. Sie werden dabei von Friedensgruppen auf der ganzen Welt sowohl auf lokaler als auch internationaler Ebene unterstützt.

„Mir ist es ein wichtiges Anliegen, auch vor Ort ein Zeichen gegen den atomaren Wahnsinn zu setzen. An diesem Kampf können gar nicht genug Menschen teilnehmen,“ erklärte Bernd

Scheelen nachdem er die Beitritts-papiere unterschrieben hatte. 61 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki stehen die Verhandlungen über die Abschaffung der Atomwaffen vor dem Aus. Die Atommächte weigern sich,

abzurüsten und die meisten Nicht-Atomwaffenstaaten sehen keine Handhabe dagegen. Die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki appellierten deshalb auch an die SPD, großen Druck auf die Verhandlungen über Atomwaffen auszuüben.

Viele Möglichkeiten der aktiven Mitarbeit

Rhein-Kreis Neuss. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, als Mitglied in der SPD aktiv zu werden. So ist der Ortsverein das Herzstück der lebendigen Partei. Hier können Sie vor Ort zusammen mit Gleichgesinnten etwas bewegen und erleben. Engagieren Sie sich zum Beispiel bei Versammlungen, bei Infoständen oder im Gespräch mit dem Nachbarn. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, in den Ausschüssen des Gemein-

de- oder Stadtrats mitzuarbeiten. Und 2009 steht die nächste Kommunalwahl an, interessierte Kandidatinnen und Kandidaten sind immer gerne gesehen. Wer mit Gleichgesinnten virtuell Ideen und Argumente austauschen möchte, kann dies übrigens beim virtuellen Ortsverein tun.

Als junger Mensch im Alter bis 35 Jahren können Sie auch bei den Jusos mitmachen oder zusammen mit jungen Leuten bei den „Jungen Teams“ die Wahlkämpfe gestalten.

Teilnehmen kann man auch in den Arbeitsgemeinschaften, Foren oder in thematischen oder zeitlich begrenzten Projektgruppen. Näheres dazu können Sie als Mitglied bei Ihrem zuständigen Unterbezirk erfahren: Unterbezirk Rhein-Kreis Neuss, Platz der Republik 11, 41515 Grevembroich.

Als Mitglied der SPD besteht die Möglichkeit, Bildungsangebote zur Ausübung eines Ehrenamtes zu nutzen. Auch Angebote gesellschaftspolitischer Einrichtungen von Gewerkschaften und politischer Stiftungen zum Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de) stehen Ihnen zur Verfügung.



Auch die Jüchener Delegierten setzten Impulse auf dem Kreisparteitag der SPD im Grevembroicher Alten Schloss, von links: Heinz Esser, Holger Tesmann, Sabine Kaisers, Richard Rötting, Udo Bernards.

Kreis-Außenwirtschaft - oder auch Fluchtpunkt New York

Rhein-Kreis Neuss. Was bekommen wir von der Wirtschaftsförderung des Rhein-Kreises Neuss mit? Harte Fakten eher selten - dafür aber viel Spektakuläres: Reisen nach China, Indien, USA, Russland, Polen, Kolumbien. Messeauftritte in Cannes und München. Alles in den Medien großartig in Szene gesetzt.

Da der Rhein-Kreis Neuss keine klassischen Aufgaben in der Wirtschaftsförderung besitzt – die haben unsere Städte und Gemeinden – tummeln sich die Mitarbeiter und Repräsentanten zunehmend in der Ferne. Das nennt sich dann Kreis-Außenwirtschaft!

Ein schon vorab als großer Erfolg gefeierter Weihnachtsmarkt mitten in New York kam jüngst dann doch nicht zustan-

de. Obwohl Tausende von Prospekten schon per Flieger nach Big Apple verfrachtet worden waren, platzte der Coup, weil scheinbar urplötzlich die Kosten davon liefen. 20 Weihnachtsbuden in der Millionenmetropole, ein Knüller, der nun weitere Dienstreisen in die USA befürchten lässt.

Was aber kommt außer Spesen bei der ganzen „Kreis-Außenpolitik“ heraus? Wenig Greifbares, von der persönlichen Selbstdarstellung unserer Kreisspitze mal abgesehen.

Und zu Hause? Vier von acht Städten und Gemeinden des Kreises sind Nothaushaltsgemeinden. Sie haben strenge Haushaltssicherungskonzepte zu beachten. Ihre Bürgerinnen und Bürger bekommen das zu spüren, zum Beispiel bei Einspa-

rungen im Jugend- und Sozialbereich.

Der Kreis finanziert sich wesentlich über die Haushalte unserer Kommunen durch die „Kreisumlage.“ Diese aber steigt Jahr für Jahr. Die Gemeindeprüfungsanstalt schreibt es dem Kreis ins Stammbuch: Der Finanzbedarf liegt 2005 bei 427,19 Euro je Einwohner (2001 = 298,23) und damit deutlich über dem Mittelwert. Und bei den Kreis-Schulden? 388 Euro Schulden je Einwohner sind ebenfalls deutlich zu viel. Der Kreis erreicht hier den Maximalwert im Vergleich der Kreise.

Die SPD im Kreistag rät daher: Schuster bleib bei deinen Leisten! So hat der Kreis eine geringere Ausbildungsquote als andere Kreise. Da wäre doch auch was zu tun.



„Wenn wir alle ein kleines Zeichen gegen den atomaren Wahnsinn setzen, dann können wir auch etwas erreichen“, scheint Bernd Scheelen MdB (rechts) hier seinem Fraktionsvorsitzenden im Berliner Bundestag, Peter Struck, sagen zu wollen.

Düsseldorf/Rhein-Kreis Neuss. Nach der Landtagswahl im Mai 2005 übernahm eine CDU/FDP Koalition unter Jürgen Rüttgers die Regierungsverantwortung in Düsseldorf. Jürgen Rüttgers und seine CDU hatten im Wahlkampf viel versprochen. Nordrhein-Westfalen sollte das Land der neuen Chancen und von Grund auf erneuert werden. Anderthalb Jahre ist das jetzt her. Grund genug, eine erste Bilanz zu ziehen. Dabei muss sich der neue Ministerpräsident an seinen Wahlkampfversprechungen und an seinem lautstark verkündeten Anspruch messen lassen, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Verantwortung betreiben zu wollen. Wir alle erinnern uns noch an seine Neujahrsansprache, in der er das Jahr 2006 zum Jahr des Kindes ausrief. Die Regierung Rüttgers kürzte stattdessen massiv bei den Kindergärten und machte die Kleinsten zu den größten Verlierern im Landeshaushalt. Der nächste Wortbruch erfolgte bei den Jugendlichen. Hier stand das neue Landeskabinett im Wort, die Ausgaben für Jugendliche im Landesjugendplan um 21 Millionen Euro zu erhöhen. Dies hatte Jürgen Rüttgers persönlich versprochen. Bei 496 Millionen Steuereinnahmen

Quo vadis NRW?

18 Monate schwarz-gelb in Düsseldorf

Eine erste Bilanz - von Dr. Fritz Behrens, Staatsminister a.D.

mehr in diesem Jahr hatte die Regierung Rüttgers aber noch nicht einmal 21 Millionen zusätzlich im Landesjugendplan für unsere jungen Leute, die Zukunft unserer Gesellschaft, übrig. Es droht ein rapider Qualitätsverlust in der Kinder- und Jugendarbeit. Einrichtungen werden schließen müssen. Versprochen – gebrochen auch hier! Über eine halbe Million Menschen haben inzwischen mit ihrer Unterschrift unter die beiden Volksinitiativen deutlich gemacht, dass sie diese unsoziale Kürzungspolitik ablehnen. Ins Bild passt auch, dass die Arbeitslosigkeit in NRW nicht annähernd in dem von Rüttgers versprochenen Umfang zurückgegangen ist. Stattdessen ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger innerhalb eines Jahres um 10 Prozent angestiegen. Die Landesmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik werden um mehr als ein Viertel zusammengestrichen. Das trifft besonders hart Langzeitarbeitslose und Jugendliche.

Die beabsichtigte Abschaffung des Tarifvertrages wird Tausende von Arbeitsplätzen kosten und zu Dumpinglöhnen führen. Die Zahl der Ausbildungsplätze sank um fünf Prozent. Hinzu kommen noch 36.000 unversorgte Jugendliche aus den Jahren zuvor. Statt der versprochenen Politik der sozialen Verantwortung wird eine knallharte Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen, Familien und Arbeitnehmern exekutiert. Eine solche Politik wird natürlich Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und die soziale Entwicklung in unserem Land haben. Dafür gibt es einen unverdächtigen Kronzeugen von hoher sozialer Kompetenz. Der katholische Sozialverband „Caritas“ bringt es in einem Protestschreiben auf den Punkt: „Daher warnen wir ausdrücklich vor den hohen sozialen Folgekosten einer Politik, die ausschließlich die Haushaltskonsolidierung anstrebt. Wer heute bei Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien spart, dem wird morgen die Infrastruktur fehlen, die diese brauchen.“ Genau so ist es.

Wie sieht es mit der versprochenen sozialen Gerechtigkeit aus, zu der ja wohl auch Chancengerechtigkeit gehört? Nicht gut, wenn man ehrlich ist. 1000 Euro Studiengebühren pro Jahr tun den Studenten, die aus normalen Arbeitnehmerhaushalten kommen, sehr weh. Von wegen Chancengleichheit Bildung und damit die Verteilung von Lebenschancen wird wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Die Regierung Rüttgers macht's möglich. Neue Hürden für Kinder aus Arbeiterfamilien werden geschaffen. Das gilt auch für das neue Schulgesetz der neuen CDU/FDP Regierung. Die Auflösung der Grundschulbezirke wird schwerwiegende soziale Folgen haben: Eliteschulen einerseits und benachteiligte „Restschulen“ an-

dererseits. Die Empfehlung der Lehrer in den Grundschulen für die weiterführende Schule eines Kindes wird nach dem neuen Schulgesetz verbindlich. Der Elternwille wird damit ausgehebelt. Fachleute warnen: Verbindliche Grundschulgutachten verschärfen die soziale Auslese. Das ist der falsche Weg. Das ist auch die falsche Antwort auf die internationale PISA-Studie, die dem deutschen Schulwesen insgesamt sehr schlechte Noten erteilt hat. Wir brauchen eine breitere Bildung für Alle, nicht nur für eine Elite. Sonst können wir auch den Wettbewerb in der Weltwirtschaft nicht bestehen, denn Bildung und Wissen sind der einzige Rohstoff unseres Landes.

Die vielen angeführten Beispiele belegen, mit der vollmundig angekündigten grundlegenden Erneuerung unseres Bundeslandes und der versprochenen Politik der sozialen Verantwortung ist es nicht weit her. Es wurde viel versprochen aber sehr wenig gehalten. In den ersten anderthalb Jahren der neuen Regierung erlebten wir erste ernstzunehmende Anzeichen für einen Rückzug des Landes aus der Verantwortung für die Schwächeren und Benachteiligten in unserer Gesellschaft. In ihrer relativ kurzen bisherigen Amtszeit sah sich die schwarzgelbe Landesregierung bereits mit vielen Leidtragenden ihrer unsozialen und wortbrüchigen Politik konfrontiert. Seien es Frauen- und Jugendverbände, Studenten, Polizisten, Richter, Lehrer oder Klinikangestellte. Angesichts dieser mehr als bescheidenen Bilanz kann man die Landesregierung nur dringend auffordern, noch einmal einen neuen Anfang zu beginnen. Auch als Oppositionspolitiker kann ich mir nicht wünschen, dass wie bisher weitergeworrtelt wird. Nordrhein-Westfalen verdient es, besser regiert zu werden.



Kurt Bodewig MdB (links) und Dr. Fritz Behrens MdL vertreten die Interessen des Rhein-Kreis Neuss im Bundes- und Landtag

Dienstleistungsrichtlinie:

Die Anstrengungen haben sich gelohnt

von Kurt Bodewig MdB

Berlin/Rhein-Kreis Neuss. Das wohl brisanteste politische Gesetzgebungsprojekt der letzten Jahre war die so genannte Dienstleistungsrichtlinie. Das Europäische Parlament hat diese am 15. November mit Unterstützung der drei größten Fraktionen im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens in zweiter und damit letzter Lesung endgültig verabschiedet. Die Europäische Kommission sieht die Dienstleistungsrichtlinie als einen zentralen Baustein der Lissabon-Strategie an, mit der sich die EU das Ziel gesetzt hat, bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

„Die Richtlinie – wie sie jetzt ist – baut einerseits die noch vorhandenen Hemmnisse für den freien Dienstleistungsverkehr ab und schafft somit die Voraussetzungen für dynamisches Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze bei uns, andererseits schützt sie nun auch die Standards“, so der für die heimische Region wirkende Abgeordnete und zuständige Berichterstatter im Bundestag, Kurt Bodewig. Es ist ziemlich genau zwei Jahre her, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion zum ersten Mal in einer eigenen Fraktionsanhörung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie beschäftigt hat. Seitdem hat sie die Zeit intensiv genutzt, um mit den Kollegen in Brüssel und in anderen Nationalparlamenten notwendige Änderungen zum ursprünglichen Richtlinienentwurf zu besprechen und politisch durchzusetzen. Jetzt nach

zwei Jahren lässt sich sagen: Die Mühe hat sich gelohnt. Die Richtlinie zielt darauf ab, alle in der EU noch bestehenden Hindernisse im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu beseitigen, damit in der EU ansässige Unternehmen ihre Dienstleistungen gemeinschaftsweit anbieten und erbringen können, ohne zusätzliche bürokratische Anforderungen des jeweiligen Mitgliedsstaates erfüllen zu müssen. Jetzt haben alle Dienstleistungserbringer die jeweiligen Standards des Landes zu beachten, in dem sie ihre Dienste anbieten wollen. Damit wird das gerade aus Osteuropa befürchtete Sozial- und Lohndumping unterbunden und Deutschland kann seine eigenen arbeitsrechtlichen Vorschriften wahrten.

Freizügigkeit in Europa wird trotzdem gewährt und der gemeinsame uneingeschränkte Markt für Dienstleistungen wird möglich. Alle EU-Mitgliedsländer öffnen ihre Märkte für Dienstleister, die in einem anderen Land niedergelassen sind. Die Anmeldung zur Niederlassung wird in Zukunft unbürokratisch auf elektronischem Wege über in jedem Mitgliedsland zur Verfügung stehende Ansprechpartner möglich.

„Bittere Pillen zum Weihnachtsfest“

von Ulrike Apel-Haefs MdL

Düsseldorf/Rhein-Kreis Neuss. In den nächsten Wochen wird im Landtag von Nordrhein-Westfalen der neue Haushalt für das Jahr 2007 beraten und kurz vor Weihnachten in dritter Lesung beschlossen. Dies ist für die Menschen in Nordrhein-Westfalen leider kein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk, sondern eine bittere Pille zum Weihnachtsfest.



Der im Sommer eingebrachte Haushaltsentwurf zeigt deutlich, dass sich das Land auf Kosten der Kommunen sanieren möchte. Das Land entlastet sich, die Kommunen, sprich die Bürger, sollen die Zeche zahlen. Das Land beabsichtigt, den Kommunen ihren Anteil an der Grunderwerbsteuer völlig zu streichen, um damit den eigenen Haushalt zu sanieren. Etwa 170 Millionen Euro wird das ohne finanziell arg gebeutelten Kommunen in NRW jährlich kosten. Weiterhin sollen sich die Kommunen künftig mit 40 Prozent an der Krankenhausfinanzierung beteiligen, momentan sind es 20 Prozent. Diese Halbierung der Mittel würde eine zusätzliche Belastung von über 100 Millionen Euro bedeuten. Von den finanzpolitischen Täuschungsmanövern von Finanzminister Linssen darf man sich nicht blenden lassen. Die 280 Millionen Euro Zuschlag aus höheren Steuereinnahmen an die Kommunen, gleichen die geplanten Kürzungen durch die Landesregierung in keiner Weise aus. Das der Finanzminister diese Mittel, obwohl diese den Kommunen ohnehin zustanden, als „Wohlthat“ verkauft ist schon sehr bedenklich.

Hinzu kommen Kürzungen u.a. durch Wegfall der Fördermittel nach dem Weiterbildungsgesetz, Wegfall der Erstattung nicht eingenommener Elternbeiträge in den Kindergärten. Zu diesen beiden wichtigen Themenbereichen habe ich in zwei Pressemitteilungen eindeutig Stellung bezogen: Mit mir und der SPD-Landtagsfraktion sind solche Kürzungen nicht zu machen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung plant den Landesanteil an den Kosten der Volkshochschulen im nächsten Jahr von ehemals 50 Prozent auf dann nur noch 15 Prozent zu senken. Dies entspricht einer Reduzierung der Mittel von über 18 Mio. Euro für das kommende Jahr. Die Kürzung der Mittel für die Volkshochschulen wird erhebliche Einbußen für das Bildungsangebot im Rhein-Kreis Neuss mit sich bringen. Dieser finanzielle Kahlschlag im Bildungsbereich kommt einer Zerschlagung der mühsam aufgebauten Strukturen gleich. Drastische Beitragserhöhungen sind zu erwarten. Das heißt konkret, die Landesregierung nimmt gerade jungen Menschen jegliche Chancen, denen bislang erst auf diesem Weg ein Hauptschulabschluss ermöglicht wurde, einen Schulabschluss nachzuholen. Diese Politik nenne ich durchweg unsozial.

Von den in Oppositionszeiten vollmundig gemachten Versprechungen will man jetzt nichts mehr wissen. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung wird von Union und FDP nicht nur sinnlos gekürzt, sondern es werden Städte die ein Haushaltssicherungskonzept oder einen Nothaushalt haben gezwungen, die Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen zu erhöhen. Davon sind auch die Städte Dormagen, Grevenbroich, Jüchen und Korschenbroich betroffen. Die SPD wird sich weiterhin gegen diese unsoziale Familienpolitik wehren.

Keine Information über Beteiligung

SPD: Verwaltung übergeht Kreistag

Rhein-Kreis Neuss. Das ist schon ein starkes Stück. Da kauft der Kreis über die Wirtschaftsförderung GmbH Anteile an der „Regio-Kommunaldienste GmbH“, ohne den Kreistag, sprich die Kreistagsmitglieder, darüber zu informieren. Der Kreistag muss aber nach Paragraph 107 Absatz 5 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung über die Beteiligung an Unternehmen hinsichtlich Chancen und Risiken, Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft aufgrund einer Marktanalyse unterrichtet werden. Weiter sind Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer und der Gewerkschaften einzuholen. Das alles ist unterlassen worden. Nicht nur, dass der Kreistag umgangen wurde, auch die Vertreter des Beirates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft wurden nicht informiert. Rainer Thiel, Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion in diesem Gremium: „Der Beirat hat seit Jahren nicht getagt, wir sind über

die Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht ausreichend informiert.“ Die „Regio-Kommunaldienste GmbH“ soll Dienstleistungen für Kommunal- und Privatwirtschaft erbringen. Thiel: „Das ist sehr weit gefasst, vor allem fehlt die Darstellung des öffentlichen Zwecks und Interesses.“ Der Kreistagsabgeordnete erklärt weiter: „Es ist ein Skandal, dass uns kein Gesellschaftervertrag vorgelegt wurde, der die im öffentlichen Interesse liegenden Beschlussrechte des Trägers, also des Kreises und des Kreistages darstellt. Mit dieser neuen Firma sind alle erdenklichen Geschäftstätigkeiten möglich.“ Die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten Ulrike Apel-Haefs, bekräftigt die Haltung der SPD im Kreistag: „Wir mahnen dringend eine bessere Transparenz in der Wirtschaftsförderung des Kreises an. Es fehlt schon bei den vorhandenen Einrichtungen eine strategische Ausrichtung, eine nachvollziehbare Berichterstattung und ausreichende Darstellung des öffentlichen Zwecks.“

die Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht ausreichend informiert.“ Die „Regio-Kommunaldienste GmbH“ soll Dienstleistungen für Kommunal- und Privatwirtschaft erbringen. Thiel: „Das ist sehr weit gefasst, vor allem fehlt die Darstellung des öffentlichen Zwecks und Interesses.“ Der Kreistagsabgeordnete erklärt weiter: „Es ist ein Skandal, dass uns kein Gesellschaftervertrag vorgelegt wurde, der die im öffentlichen Interesse liegenden Beschlussrechte des Trägers, also des Kreises und des Kreistages darstellt. Mit dieser neuen Firma sind alle erdenklichen Geschäftstätigkeiten möglich.“ Die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten Ulrike Apel-Haefs, bekräftigt die Haltung der SPD im Kreistag: „Wir mahnen dringend eine bessere Transparenz in der Wirtschaftsförderung des Kreises an. Es fehlt schon bei den vorhandenen Einrichtungen eine strategische Ausrichtung, eine nachvollziehbare Berichterstattung und ausreichende Darstellung des öffentlichen Zwecks.“

SPD kündigt Kampagne an

Rhein-Kreis Neuss. Den bisherigen Unterbezirk der SPD gibt es nicht mehr: Auf ihrem Parteitag in Grevenbroich beschlossen die Sozialdemokraten, ihr Gremium auf Kreisebene nun konsequenterweise Kreisverband zu nennen. Der komplette Name: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Kreisverband Rhein-Kreis Neuss. Neben der laufenden Programmdiskussion gehört eine Mitgliederwerbe- und Aktivierungskampagne zu den Aufgaben im nächsten Jahr.

RHEIN-KREIS NEUSS Impressum

Herausgeber:
SPD - Kreisverband Rhein-Kreis Neuss, SPD Dormagen, SPD Jüchen, SPD Grevenbroich, SPD Korschenbroich

c/o Willy-Brandt-Haus, Platz der Republik 11, 41515 Grevenbroich
Herstellung: MFM Facility Management GmbH, Heerstr. 17, 41542 Dormagen

Redaktion: Christian Thiel-Briesen (v.i.S.d.P.), Martina Suermann, Rainer Thiel, Ulrike Apel-Haefs, Klaus Krüzen, Albert Richter, Holger Tesmann, Koordination: Detlev Zenk.

Druck: Joh. Heider Druck GmbH
Paffrather Straße 102-116
51465 Bergisch Gladbach

© alle Urheberrechte beim Herausgeber.

Sachkundige Bürger/innen

1. **Marianne Kuntschik, Garzweiler**, Tel.: 02165-170286, Ausschuss für Kultur und Partnerschaft
2. **Hanno Gischler, Hochneukirch**, Tel.: 02164-702606, Ausschuss für Schule und Jugend
3. **Erwin Schrey, Kamphausen**, Tel.: 02166-604623, Betriebsausschuss
4. **Werner Krüger, Bedburdyck**, Tel.: 02181-2140844, Ausschuss für Kultur und Partnerschaft
5. **Wolfgang Kaisers, Jüchen**, Tel.: 02165 - 913161, Ausschuss für Sport
6. **Reinhardt Langer, Gierath**, Tel.: 02181 - 41241, Ausschuss für Recht, Senioren, Soziales, Sicherheit und Ordnung
7. **Ralf Pritzke, Gierath**, Tel.: 02181-499905, Ausschuss für Bau und Öffentlichen Personennahverkehr
8. **Frank Bäumer, Garzweiler**, Tel.: 02165 - 7444, Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehrsentwicklung



Das bürgerliche Engagement in Vereinen und Bürgerinitiativen ist hervorragend – das dauerhafte politische Überleben einer freien, demokratischen und sozialen Gesellschaft braucht aber mehr. Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit. Das tun wir in den Ausschüssen des Gemeinderats. Wir sind für Sie da! Sprechen Sie uns an!

Kataster für Bergschäden

Hochneukirch. Bergschäden an Häusern in Jüchen werden nicht durch den Tagebau und die damit verbundene Sumpfung des Grundwassers verursacht. Das war und ist auch heute noch Meinung des Bergbautreibenden RWE Power. Glauben wollen das Betroffene in den Tagebauregionen schon lange nicht mehr. Bei fortschreitendem Tagebau werden immer wieder Setzrisse an Häusern festgestellt. Wie lässt sich das erklären? RWE Power winkt ab: Falsche Gründung, schlechtes Material, schlechte Arbeit! Etliche Bürger aus Hochneukirch wollen aber nicht mehr hinnehmen, dass sie für den Schaden selber aufkommen sollen. Sie schlossen sich zu einer Bürgerinitiative zusammen, um ein Bergschadenskataster zu erstellen. Unterstützung fanden sie auf einer Informationsveranstaltung im Haus Katz durch Dipl. Ing. Peter Immekus und Rechtsanwalt Heinz Spelthahn, früher Gemeindefi-

rektor in Jüchen. Immekus legte an vielen Beispielen dar, dass durch die tagebaubedingten Sumpfungmaßnahmen und deren Auswirkungen sehr wohl Schäden an Häusern entstehen können (www.immekus.de). Leider liege der Nachweis nicht immer offen auf der Hand und müsse durch einen Gutachter untermauert werden. Nur wenn dies gelänge, sei es sinnvoll, so Spelthahn, dass die Betroffenen (nach Möglichkeit gemeinsam) gegen den Verursacher klagen. Für ein gemeinsames Vorgehen spreche auch das gemeinsame Erfassen und die Dokumentieren aller Schadensdaten, damit der Verursacher nicht auf jeweils spezielle Einzelfälle verweisen könne. Aber auch dann brauche man einen langen Atem, weil RWE-Power viele Messdaten, die Prognosen erlauben könnten, unter Verschluss halte. Dadurch werde die Beweisführung für die Geschädigten erschwert und zunächst auch verteuert.

Die SPD Jüchen fordert bereits seit den 80er-Jahren eine Umkehrung der Beweislast zu Gunsten des Geschädigten. „Nachhaltige Erfolge können wir nicht verkünden. Das wird uns aber nicht davon abhalten, die Diskussion darüber weiter zu führen. Beharrlichkeit führt langfristig oft zum Ziel.“ Ansprechpartner der SPD in Hochneukirch: Reiner Lange, Ortsvereinschef, Tel.: 02165-879409 sowie Helga und Rüdiger Wolff, Tel.: 02164 / 2713.

Wirtschaftsförderung stärken

Jüchen. Bei der Wirtschaftsförderung in Jüchen wird das gewohnte Bild von den politischen Parteien auf den Kopf gestellt. Die FDP als „Wirtschaftspartei“ leistet keinerlei konzeptionellen Beitrag, die Grünen zeigen auch auf diesem Feld kein Profil mehr, die CDU muss zum Jagen getragen werden, und die SPD

entdeckt für sich den unternehmerischen Arm der Kommune. Die wirtschaftliche Entwicklung in Jüchen hinkt seit langem hinter dem Durchschnitt in Kreis und Land hinterher. Stiegen die Gewerbesteuererinnahmen im Land 2005 um 14 Prozent, änderte sich in Jüchen plus/minus nichts. Jüchen ist Schlusslicht im

Rhein-Kreis Neuss mit hoher Insolvenzgefährdung seiner kleinen Gewerbebetriebe (Bau, Handel, Dienstleistung), während der Kreis selbst im regionalen Vergleich bestens abscheidet. Aber Jüchen meldet auch Positives: Die Anzahl der Einwohner steigt. Die Anzahl der Unternehmen ebenfalls. Die Arbeitslosigkeit

geht zurück. Es muss aber mehr geschehen, als mit dem allgemeinen Trend zu laufen. Eine den heutigen Erfordernissen gerecht werdende moderne Wirtschaftsförderung ist mit der neuen Verwaltungsspitze angesagt. Auf Drängen der SPD wurde das entsprechende Budget im Haushalt 2006 verdoppelt. Der Arbeitskreis für Wirtschaftsförderung beschäftigt sich nun vornehmlich mit lokalen Wirtschaftsfragen. Die SPD erreichte die Bildung

von Projektgruppen, die sich ggf. mit Hilfe externer Experten um die Lösung von Einzelproblemen bemühen sollen. Eine erste Projektgruppe beschäftigt sich mit Jüchens ersünderndem Vorzeigeprojekt interkommunaler Zusammenarbeit, genannt „Regiopark 3000“. Dort sind auf einer geplanten Gewerbefläche von 120 ha seit Ende der 90er Jahre bis heute noch keine Unternehmen angesiedelt.

Hochneukirch. Grobstaub ist der braune Dreck, der sich bei uns täglich auf Gartenmöbeln und Fenstersimsen niederschlägt. Das ist lästig. Feinstaub bleibt unsichtbar. Er ist im Durchmesser kleiner als 10 Mikrometer, sogar zu fast 80 Prozent kleiner als 2,5 Mikrometer, schlägt sich nicht nieder und wird eingeatmet. Das ist gesundheitsgefährdend. Seit 1. Januar 2005 gelten für Feinstaub die verschärften Grenzwerte der EU-Richtlinie von 1999 auch in Deutschland: Der gemittelte Jahreswert darf 40 Mikrometer pro Kubikmeter pro Tag nicht überschreiten und das Tagesmaximum von 50 µm/Kubikmeter darf im Jahr nicht mehr als an 35 Tagen übertroffen werden. Das ist der kritische Grenzwert. In Ballungsräumen wie Frankfurt, Dortmund und auch Düsseldorf wurden lokale Grenzwertüberschreitungen gemessen und für Durchgangsstraßen bereits Fahrverbote für Lkw ausgesprochen. Über die technischen Zusammenhänge und Ergebnisse von Messungen im Braunkohlenrevier berichtete der Verantwortliche im Landesumweltamt NRW, Dr. Wilhelm Kappert, auf einer Versammlung der SPD in Hochneukirch. Etliche Einwohner waren gekommen und machten ihren Protest und ihre Forderung zur Reinhaltung der Luft deutlich. Der eine berichtete vom Dunst an Sommertagen, der andere

Feinstaub ist unfein Veranstaltung der SPD in Hochneukirch

von erworbener Stauballergie und Asthma. Dabei tröstete es wenig, dass hier zwei Drittel der Feinstaubbelastung von überallher stammt und vielleicht ein Viertel aus der Braunkohlenaufbereitung. Kritisiert wurde, dass RWE Power aus der längst bekannten Problematik keine Selbstverpflichtung zur Schadensminimierung abgeleitet habe. Während bei neuen industriellen Anlagen ein wirksamer Staubschutz zur technischen Auslegung gehört, muss offenbar bei Altanlagen erst mit beweglichen Messstationen gerichtsfest belegt werden, wo die Staubquelle sitzt, bevor Maßnahmen ergriffen werden. Das geschah zuerst im Hambacher Revier (Niederzier) und nun auch in Gustorf-Gindorf und Wevelinghoven. In Niederzier wurde der Grenzwert bereits bis Ende Oktober mit 38 Tagen, in Gustorf sogar mit 48 Tagen deutlich überschritten (www.lua.nrw.de). Tagebau und technischer Umschlag des Materials (Bunkerung) sind die Hauptverursacher. Daraufhin wurde der gesetzlich vorgeschriebene Aktionsplan erstellt, der nun auch für Garzweiler II abgearbeitet wird und dessen Erfolg bis Ende 2007 messtechnisch überwacht wird.

Die Anwesenden forderten eine zügige Umsetzung der Maßnahmen, die zusätzliche Bereitstellung von Landesmitteln für weitere Messstationen (derzeit stehen bei 70 dringlichen Anfragen nur 20 Stationen zur Verfügung) sowie die Kontrolle der Belastung durch eine Messstation in der Gemeinde Jüchen. Dies sollten Gemeindeverwaltung und Politik spätestens für 2008 erreichen, nachdem ein entsprechender Antrag in 2005 abgelehnt worden war.

Otzenrath. Lange haben die Umsiedler auf eine intakte Infrastruktur warten müssen. 2006 war für die Bevölkerung dann doch noch ein erfolgreiches Jahr: Straßen und Wege in den neuen Orten konnten vollständig hergerichtet, die Turnhalle kann genutzt werden, die Kirchen wurden geweiht. Die Grundschule hat nach den Sommerferien ihren Betrieb aufgenommen. Der Dorfplatz im Zentrum von Otzenrath wurde gestaltet.

Erinnerung an die Rotbuche

In Holz ist der Bau der Kapelle fast abgeschlossen. Und in der herbstlichen Pflanzperiode wurden entlang der meisten Straßen bereits Bäume gepflanzt. Ein Dank an die Verwaltung, aber auch ein Dank an die ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger ist hier angebracht, die geduldig und ausdauernd die Planungen vorangetrieben und durchgesetzt haben. Bleibt nur noch eins. In Alt-Otzenrath wartet eine Rotbuche darauf, die seinerzeit als Zeichen für den Erhalt der Gemeinschaft gegenüber dem Pfarrheim gepflanzt wurde, einen angemessenen Platz im neuen Ort zu bekommen.



Jusos wollen mitgestalten und auch gemeinsam feiern

Jüchen/Grevenbroich. Schon fast ein Jahr aktiv: Schüler, Studenten, Auszubildende und junge Arbeitnehmer aus Jüchen, Grevenbroich und Rommerskirchen haben sich Ende 2005, nach über einem Jahr loser politischer Zusammenarbeit, entschlossen, mit Hilfe der ortsansässigen Gremien der SPD eine neue Juso-Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Die Jusos „Südkreis“, wie sie sich selber nach der geografischen Lage im Kreis nennen, haben seitdem viel geleistet und bewegt. „Jüchen konkret“ hat den SPD-Nachwuchs gebeten, sich an dieser Stelle vorzustellen: „Da viele von uns gerade in die Politik gekommen sind und nur wenig Erfahrung hatten, haben wir anfangs an Aktionen der SPD beteiligt und dabei Orientierung gesucht. Schon kurz darauf kam unsere „Feuertaufe“, bei der wir – relativ kurz nach unserer Neugründung – zeigen mussten, zu was wir Jusos im Südkreis in der Lage sind. Auch wenn die Niederlage bei den Landtagswahlen NRW ein Rück-

schlag für uns war, so haben wir die darauffolgende Herausforderung Bundestagswahl 2005 mit großer Motivation angenommen. Hier hat sich das gesamte Potenzial der Jusos Südkreis gezeigt oder mit den Worten von Peer Steinbrück: „Egal, wo ich war: Die Jusos waren immer da, von der ersten bis zur letzten Minute. Es hat riesig Spaß gemacht mit Euch!“ Im Rahmen der „Jungen Teams“ haben wir Veranstaltungen, Wahlkampfkaktionen und Diskussionen gestaltet und begleitet und damit einen erheblichen Beitrag für das gute Wahlergebnis der SPD gebracht. Hier darf jedoch nicht der falsche Eindruck entstehen, dass wir Jusos nur die abrufbereite „Flugblattverteil- und Plakatklebtruppe“ sind. **Wofür braucht die SPD eine Juso-AG?** Die Kinder und Jugendlichen des „Südkreises“, haben ganz spezielle Sorgen, Fragen und Anregungen an die lokale, regionale Politik und die Bundespolitik. Und die Jusos vertreten genau diese Gruppe, indem wir ihre Sorgen, Fragen

und Anregungen sammeln und in den Gremien der Partei diese Position vorstellen und versuchen durchzusetzen. In diesem Rahmen arbeiten wir als Jusos Südkreis an einem eigenen Grundsatzprogramm mit dem Arbeitstitel „jugendfreundliche Stadt“. Dies soll in zahlreichen Gesprächen mit den Jugendlichen vor Ort entstehen und zur Leitlinie der Politik der Jusos werden. Die Jusos sind jedoch nicht nur eine politische Gruppe, in der alles streng nach bestimmten Regeln abläuft. In erster Linie geht es uns darum, gemeinsam Spaß zu haben. Entweder in der Mitgestaltung der lokalen Politik oder bei „unpolitischen“ Veranstaltungen wie Feiern oder gemeinsamen gemütlichen Abenden. Wer Interesse an der Arbeit der Jusos Südkreis gefunden hat, kann sich gerne im Internet auf www.jusos-suedkreis.de weiter informieren oder sich beim Vorsitzenden Martin Wosnitzer (E-Mail: martinwosnitzer@jusos-suedkreis.de) melden.



Das Interesse an der SPD-Veranstaltung in Hochneukirch war groß